

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungs-termin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1	Umweltausschuss	12.05.2005					
2							
3							

Betreff

**Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 Gentechnischer Anbau auf städtischen Feldern**

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

Beschlussvorschlag

Von der Stellungnahme der Stadtverwaltung wird Kenntnis genommen.

Sachverhalt

Mit der Anfrage vom 03.05.2005 „Gentechnischer Anbau auf städtischen Feldern“ begehren Bündnis 90/DIE GRÜNEN Auskunft, inwieweit der Beschluss des Umweltausschusses umgesetzt wurde, den Anbau gentechnisch veränderten Saatgutes auf städtischen Flächen zu verbieten.

Ein solcher Beschluss ist der Verwaltung nicht bekannt.

In der Umweltausschusssitzung vom 15.07.2004 stellten Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Anfrage:

„Wir bitten um Information über

- Kennzeichnung von GVOs in Lebensmitteln
- den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft und der Kennzeichnung von Saatgut und Futtermitteln.

Herr Graf vom Landwirtschaftsamt soll in der Sitzung berichten“.

In der Sitzung selbst konnte mitgeteilt werden, dass Herr Graf vom Landwirtschaftsamt aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnte, wie bekannt, hat das Umweltreferat öfters über die Schwierigkeiten berichtet, einen kompetenten Fachmann zum Thema Gentechnik aus den Ministerien zu erhalten. Die Bemühungen dauern im Übrigen an.

Erinnerlich ist, dass im Zuge der Diskussion an diesem Tag das Thema „rechtliche Verbotsmöglichkeiten in Verpachtungsverträgen mit Landwirten“ erwähnt wurde, ein konkreter Prüfauftrag allerdings erging nicht.

Der Umweltausschuss legte mehrheitlich Wert auf kompetente Information, bevor Entscheidungen getroffen werden sollten.

Zum Thema „gentechnikfreie Zonen“ sei im Übrigen noch auf ein Schreiben des Bayerischen Innenministeriums vom Juli 2004 hingewiesen. Es besteht keine Befassungskompetenz der Städte zur Ausweisung gentechnikfreier Zonen. Dass sich eine Entscheidung auf Einwohner auswirkt, reiche demnach nicht aus, denn nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes müsste es sich um spezifische ortsbezogene Auswirkungen auf die Erledigung gemeindlicher Aufgaben handeln. Es sei aber weder Aufgabe der Stadt, eine Anstoßfunktion für ein vertragliches Bündnis aller landwirtschaftlichen Grundbesitzer in der Gemeinde wahrzunehmen noch bei Nachbargemeinden vorstellig zu werden (vgl. Fundstelle 6/2005 Rd.Nr. 96).

Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		Gesamtkosten €		jährliche Folgekosten <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		€	
Veranschlagung im Haushalt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		bei Hst.		Budget-Nr.		im <input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh	
wenn nein, Deckungsvorschlag:							
Zustimmung der Käm liegt vor: <input type="checkbox"/>		Beteiligte Dienststellen: RA <input type="checkbox"/> RpA <input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>					
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:				<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein	
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt				<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein	

II. BMPA/StR/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref. III

Fürth, 04.05.2005

Gezeichnet Maier

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:

Tel.: